



Kampf gegen die Zersiedelung: Umweltparteien und -verbände befürchten, dass der St. Galler Kantonsrat rund 1000 Fussballfelder an neuen Bauzonen schaffen will.

Bevölkerung wird von links und rechts zu Hilfe gerufen

Eine Umweltallianz will den Kompetenzentscheid des Kantonsrats zur möglichen Ausweitung der Bauzonen an die Urne bringen. Die SVP tritt derweil gegen die Beschränkung des Pendlerabzugs auf 3655 Franken an.

von Pascal Büsser

Der SVP passt es nicht, dass die Steuerzahler im Kanton ab 2016 nur noch Fahrkosten in der Höhe eines 2.-Klass-GA abziehen können – aktuell 3655 Franken (Ausgabe von gestern). Dafür hat sich eine grosse Mehrheit des Kantonsrats entschieden.

Mit einem Ratsreferendum versuchte die SVP gestern im Rat einen Urnengang zu dieser Frage zu erzwingen. Doch statt der benötigten 40 Stimmen kamen nur 34 zusammen.

Kampf für die Landbevölkerung

Während zwei Mitglieder der eigenen Fraktion fehlten, unterstützten von den übrigen Parteien lediglich Walter Locher (FDP, St. Gallen) und Michael Schöbi (CVP, Altstätten) das Anliegen. Im Herbst hatten sich noch vier weitere Bürgerliche gegen die Vorlage ausgesprochen.

Nun bleibt der Volkspartei nur der Gang auf die Strasse. Ab Mitte März

müssen innert 40 Tagen 4000 Unterschriften gesammelt werden. Gelingt dies, kommt es im November zur Volksabstimmung.

Gemäss Fraktionspräsident Michael Götte will man in den nächsten Tagen die Organisation für die Unterschriftensammlung an die Hand nehmen. Ebenfalls in den Startlöchern steht das Komitee «Nein zum Pauschalabzug». Treibende Kräfte dahinter sind der parteilose Politaktivist Eduard Ith aus Altstätten und die Kaltbrunner SVP-Kantonsrätin Marianne Steiner.

«Wir werden die Kräfte bündeln», sagt Steiner. Gerade in ländlichen Regionen erwartet sie viel Zuspruch. Ob es bei einer Abstimmung für eine Mehrheit reicht, ist offen. Laut kantonalem Steueramt könnten künftig rund 53 000 Personen weniger Fahrkosten von den Steuern abziehen, was einem guten Sechstel der Steuerpflichtigen entspricht.

Die bürgerliche Mehrheit um FDP und CVP stand mit der Ratslinken praktisch geschlossen hinter dem Ge-

setz. Sie argumentierten, dass die Massnahme Teil der im Rat ausgehandelten Spar- und Entlastungspakete zur Sanierung des Haushalts sei, bei dem alle Seiten Opfer bringen müssten. Steiner und die SVP lassen das nicht gelten. «Es gäbe noch genug Sparpotenzial.» Der Kanton wird durch die Massnahme bis zu 16 Mio. mehr einnehmen, den Gemeinden winken zusätzliche Einnahmen von bis zu 18 Mio. Franken.

Grosse Umweltallianz auf Strasse

Nicht nur die SVP will mit Hilfe der Bevölkerung einen unliebsamen Entscheid des Kantonsrats umbiegen. Im Bereich der Raumplanung setzt eine breit abgestützte Umweltallianz ebenfalls auf ein Referendum.

SP, Grüne, Grünliberale und EVP werden ab dem 16. März zusammen mit fünf grossen Umweltverbänden Unterschriften sammeln, wie sie gestern bekannt machten. Mit an Bord sind neben WWF, VCS und Pro Natura auch der Heimatschutz sowie der Mieterverband.

Sie wollen verhindern, dass der Kantonsrat die Kompetenz bekommt, wesentliche Eckwerte des kantonalen Richtplans anstelle der Regierung zu bestimmen. Hintergrund ist die Befürchtung der Umweltvertreter, dass der Rat vom mittleren Bevölkerungs- und Entwicklungsszenario der Regierung auf ein hohes Szenario umschwenkt (die «Südostschweiz» berichtete).

Bei der Maximalvariante steht die Einzonung von über sechs Millionen Quadratmetern neuem Bauland im Raum. «Dies entspricht über 1000-mal der Fläche des Klosterhofs oder eines Fussballplatzes», rechnet das Komitee vor. Damit werde die Zersiedelung weitergehen und der Wille der St. Galler Bevölkerung missachtet, die 2013 mit 64 Prozent das neue Raumplanungsgesetz angenommen hat.

Für welches Szenario sich der Kantonsrat effektiv ausspricht, ist allerdings noch offen. Er wird voraussichtlich im Juni darüber entscheiden. Eine Volksabstimmung würde im November stattfinden.

Regierung spürt Gegenwind im Rat

Gesundheitschefin Heidi Hanselmann muss «wegen Interessenkonflikten» bis 1. Juni 2016 den Verwaltungsrat der Spitalverbände verlassen. Der Kantonsrat will die Wahl von dessen Mitgliedern zudem künftig absegnen.

von Pascal Büsser

Gesundheitschefin Heidi Hanselmann (SP) darf als Mitglied der Regierung nicht mehr die Verwaltungsräte der kantonalen Spital- und der Psychiatrieverbände präsidieren oder darin Einsitz nehmen – so hat es der Kantonsrat gestern mit 90 zu 24 Stimmen entschieden. Und zwar bereits ab 1. Juni 2016 und nicht erst ein Jahr später, wie es die Regierung beantragte.

Vertreter der SP argumentierten vergeblich, dass sich das bisherige System bewährt habe – gerade mit Blick auf andere Kantone. «Wir haben heute eine klare Führung und eine klare Struktur», sagte Peter Hartmann (Flawil). Es gebe keinen Grund diese «zu zerschlagen». Zumal ein Verwaltungs-

rat mit nur Externen wesentlich mehr koste. Der Kanton zahle zudem 55 Prozent der Spitalbehandlungen und habe ein hohes finanzielles und strategisches Interesse, im Verwaltungsrat Einsitz zu haben, so Hartmann.

Gehersers Warnung verhallt

Die bürgerliche Mehrheit des Rates zeigte sich davon jedoch unbeeindruckt. «Es geht darum, Interessenkonflikte zu vermeiden», sagte Yvonne Suter (Rapperswil-Jona) als Sprecherin der CVP-EVP-Fraktion.

Diese entstehen nach Ansicht der Ratsmehrheit dadurch, dass Hanselmann mitentscheidet, welche Gesundheitsanbieter auf die Spitalliste kommen. Gleichzeitig vertritt sie als Verwaltungsrätin der Spitalverbände des Kantons spezifische Interessen. Damit sei ein fairer Wettbewerb zwischen pri-

«Gesundheitschefin vertritt als Verwaltungsrätin der Spitalverbände spezifische Interessen.»

vaten und öffentlichen Anbietern, wie ihn der Bund vorschreibe, infrage gestellt, so FDP-Sprecher Marc Mächler.

Des Weiteren hat sich der Rat ausbedungen, dass er die von der Regierung nach fachlichen Kriterien auszuwählenden Mitglieder des Verwaltungsrats der Spitalverbände absegnen kann. Regierungsrat Martin Gehrer (CVP) argumentierte vergeblich, dass damit das Auswahlverfah-

ren verpolitisiert und eine unpraktikable Lösung eingeführt werde.

Haag soll aus Linthwerk raus

Die Gesetzesänderungen waren Teil der Beratungen über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie der Regierung in Organisationen mit kantonomer Beteiligung.

Einen Nasenstüber gab es vom Rat auch für Bauchef Willi Haag (FDP). Er muss gegen seinen Willen prüfen, ob es seinen persönlichen Einsitz in der Linthkommission noch braucht. Nach dem Abschluss der Linthsanierung seien die Aufgaben der Kommission primär operativer und nicht mehr strategischer Natur, argumentierte Yvonne Suter im Namen der CVP. Eine Einsitznahme sei deshalb kaum mehr sachgerecht. Der Prüfauftrag wurde mit 67 zu 40 Stimmen überwiesen.

Zumindest eine Frau soll dabei sein

Die SP-Grüne-Fraktion versuchte im Kantonsrat für Leitungsgremien von Organisationen mit kantonomer Beteiligung eine Frauenquote von 30 Prozent durchzusetzen. Dies wurde vom Rat klar abgelehnt. Auch der alternative Vorschlag mit der Forderung, «dass beide Geschlechter angemessen vertreten sind», fiel durch. Schliesslich fand sich nach längeren Diskussionen doch noch ein gemeinsamer Nenner: Eine deutliche Mehrheit des Rates (73 gegen 36 Stimmen) hiess eine Formulierung gut, nach der in den Leitungsgremien sicherzustellen sei, «dass beide Geschlechter vertreten sind». (sda/pb)

Tickets zu gewinnen!

Mitmachen und gewinnen! Heute verlosen wir unter unseren Leserinnen und Lesern drei mal zwei Tickets für das Theater Münchhausen am Samstag, 28. Februar 2015 um 20.30 Uhr im Kulturtreff Rotfarb in Uznach. Und so einfach gewinnen Sie: Wählen Sie heute Donnerstag, 26. Februar 2015, von 13.30 bis 13.45 Uhr die Telefonnummer 055 645 28 92 und die ersten drei Anrufer gewinnen je zwei Tickets. (so)

IMPRESSUM



Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Samedia (Südostschweiz Presse und Print AG) Verleger: Hanspeter Lebrument
CEO: Andrea Masüger

Redaktionsleitung David Sieber (Chefredaktor), Pieder Caminada, René Mehrmann (Stv. Chefredaktoren), Reto Furter (Leiter Region Graubünden), Rolf Hösl (Redaktion Glarus), Patrick Nigg (Überregionales), Thomas Senn (Redaktion Gaster/See), René Weber (Sport)

Kundenservice/Abo Samedia, Zürcherstrasse 45, 8730 Uznach, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@samedia.ch

Inserate Samedia Promotion

Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 81 302 Exemplare, davon verkaufte Auflage 78 482 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2014)

Reichweite 167 000 Leser (MACH-Basic 2014-2) Erscheint siebenmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Zürcherstrasse 45, 8730 Uznach, Telefon 055 285 91 00, Fax 055 285 91 11

E-Mail: Redaktion Gaster und See: gastersee@suedostschweiz.ch; Redaktion Sport: sport.gastersee@suedostschweiz.ch; leserreporter@suedostschweiz.ch; meinegemeinde@suedostschweiz.ch

Ein ausführliches Impressum erscheint in der Samstagsausgabe © Samedia

INSERAT

«Kein gefährliches Experiment mit unseren Bundesfinanzen.»



Werner Hösl, Ständerat SVP, Glarus (GL)

Energie-statt MwSt.
NEIN
8. März 2015

Komitee «NEIN zu Energie-statt MwSt.», Postgasse 27, 8750 Glarus
www.energiesteuer-nein.ch